

Yu-Hsi Nieh

I. Der Aufbruch des Pekinger Frühlings

Im Sommer 1978 hat man zuerst vom Pekinger Frühling gesprochen, im Frühjahr 1979 war vom Ende des Pekinger Frühlings die Rede. Seit dem Sommer 1979 geht das politische Barometer in China unvermittelt auf und ab. Wieder ist die politische Entwicklung in China der Welt rätselhaft wie das Wetter.

Obwohl der Tod des Parteivorsitzenden Mao Zedong am 9. September 1976 und die darauf folgende Verhaftung der "Viererbande" am 6. Oktober desselben Jahres das Ende einer politischen Epoche kennzeichneten, und obwohl Maos Nachfolger, Hua Guofeng, am 12. August 1977 auf dem 11. Parteitag noch dazu offiziell die Beendigung der Kulturrevolution erklärt hat, ließ sich der Beginn einer neuen politischen Epoche erst im Herbst 1978 erkennen. Bis dahin war der ideologische Kurs der Übergangszeit überwiegend noch auf der linken Fahrbahn geblieben. So wurden z.B. die "Viererbande" und Lin Biao als "Rechtsabweichler" angeprangert. Politische Parolen wie "Klassenkampf", "ununterbrochene Revolution" usw. wurden weiterhin laut verkündet, wenn auch andererseits mehr Gewicht auf soziale Ordnung und Wirtschaftsaufbau gelegt wurde. Allerdings entwickelte sich die Kampagne gegen die "Viererbande" immer mehr zu einem heiklen Thema. Denn die Kritik an der "Viererbande" und die Entlarvung ihrer Anhänger wirbelte ständig neuen Staub auf, und zahlreiche führende Kader, die sich während der Kulturrevolution eine Karriere aufgebaut hatten, wurden bedrängt. Andererseits nahm die Zahl der Funktionäre zu, die unter der Kulturrevolution gelitten hatten und nun wieder rehabilitiert wurden. So haben sich in der Partei- und Regierungsführung zwei Fraktionen gebildet: Die erste Gruppe, die die Kritik- und Entlarvungskampagne in Grenzen zu halten versuchte, wurde als "Verhütungsfraktion" (Wupai) bezeichnet, während die andere sogenannte "Pragmatische Fraktion" eine völlige Liquidierung des Einflusses der "Viererbande" forderte.

Die Meinungsverschiedenheiten spitzten sich zu, als die Forderung nach einer offiziellen Neubewertung der Tiananmen-Affäre immer dringlicher wurde. In der ersten Nummer der Zeitschrift "Chinesische Jugend" (中国青年) nach einer zwölfjährigen Pause wurde die Trauerdemonstration für Zhou Enlai (gestorben am 8. Januar 1976) anlässlich des traditionellen chinesischen Totengedenktags am 5. April 1976 auf dem Tiananmen-Platz gewürdigt. Die Sicherheitsbehörden, die damals die Unruhen blutig niedergeworfen hatten, wurden als faschistisches Organ bezeichnet. Außerdem haben zwei Autoren in ihren Artikeln den in der Kulturrevolution von Lin Biao und der "Viererbande" getriebenen Personenkult um Mao Zedong als "religiösen Aberglauben" und den blinden

Glauben an jedes Wort Maos als "ideologisch absurd" und "politisch reaktionär" abgetan. Angeblich soll Wang Dongxing, der seinerzeit neben zahlreichen wichtigen Posten auch das Amt des Direktors des ZK-Verwaltungsbüros innehatte und zur "Verhütungsgruppe" gehört, versucht haben, die Herausgabe der neuen Nummer der genannten Zeitschrift zu untersagen. Einige Jugendliche in Peking, die schon Probehefte erhalten hatten, hatten jedoch sämtliche Artikel an eine Mauer des Stadions in der westlichen Changan-Straße der chinesischen Hauptstadt geklebt. Polizisten hatten sich vergeblich bemüht, die Schriften zu entfernen, weil der Protest der Massen zu groß war. Dank des Eintretens von Deng Xiaoping, der den Liberalisierungskurs leitet, wurde die Zeitschrift schließlich am 20. September 1978, drei Wochen nach dem ursprünglich angekündigten Erscheinungstermin, zum Verkauf freigegeben (2).

Das Erscheinen der "Chinesischen Jugend", die man mit dem Märzbecher vergleichen kann, kündigte den Pekinger Frühling an. Ihr folgte eine Liberalisierungswelle oder eine Reihe anderer Blüten. Am 11. Oktober wurde der Vorsitzende des Revolutionskomitees der Stadt Peking, Wu De, der als eine der Hauptfiguren der "Verhütungsfraktion" gilt, durch Lin Hujia abgelöst. Bereits vier Tage später revidierte der neue Bürgermeister die ursprüngliche Beurteilung der Tiananmen-Unruhen. Statt als "konterrevolutionäre" Aktion wurde sie nun als "revolutionäre" Aktion bezeichnet. Die damals als Rädelsführer ins Gefängnis geworfenen Demonstranten wurden freigelassen und in der Öffentlichkeit als Volkshelden gerühmt. Ihnen wurde ein Drama - "Stiller Zorn" - gewidmet. Die damals bei der Demonstration verkündeten Parolen und Gedichte, die man hatte abschreiben und heimlich aufbewahren können, wurden in einem mit der Handschrift des Parteivorsitzenden Hua Guofeng verzierten Sammelband unter dem Titel "Tiananmen Shichao" (天安门诗抄) herausgegeben. Das Partei- und Regierungsorgan "Die Volkszeitung" (RMRB) unterzog sich am 21. und 22. November einer Selbstkritik, indem sie vor zwei Jahren über die Tiananmen-Affäre erschienene Meldungen berichtigte.

Das Tauwetter herrschte nicht nur am Himmel über dem Pekinger Tiananmen-Platz, sondern breitete sich noch weit über das ganze Reich hin aus. Außer dem Vorsitzenden des Revolutionskomitees der Hauptstadt Peking, Wu De, wurden in den Herbstmonaten 1978 noch die Landesfürsten Xie Xuegong (Stadt Tianjin), You Taizhong (Autonome Region Innere Mongolei), Zheng Shaoshan (Provinz Liaoning) und Liu Jianxun (Provinz Henan) ihrer Partei- beziehungsweise Regierungämter enthoben. Sie alle zählten zu den Mitgliedern der "Verhütungsfraktion". Auffallend war die Meldung, daß alle 1957 wegen ihrer kritischen Äußerungen während der Hundert-Blumen-Bewegung registrierten Rechten

politisch entlastet wurden (3). Nach der 3. Plenarsitzung des 11. ZK der KPCh erhielt Marschall Peng Dehuai (1898-1974), der 1959 Maos Politik vom "Großen Sprung nach vorn" kritisiert hatte und aus dem Amt des Verteidigungsministers entlassen worden war, eine postume Rufrehabilitierung mit einer prächtigen Trauerfeier am 24. Dezember 1978 in Peking. Die gleiche Ehre wurde am selben Tag Tao Zhu zuteil, der Anfang 1967 als Leiter der Propagandaabteilung des ZK der KPCh entmachtet und 1969 in der Verbannung gestorben war (4). Zahlreiche andere während der Kulturrevolution in Ungnade gefallene oder als Renegaten gebrandmarkte hohe Funktionäre wie Peng Zhen (Bürgermeister von Peking vor der Kulturrevolution), Lu Dingyi (ehemaliger Kultusminister), Bo Yipo (ehemaliger Vorsitzender der Wirtschaftskommission im Staatsrat), Wang Guangmei (die Frau Liu Shaogis), Yang Xienzhen (Rektor der Parteihochschule) u.a. tauchten nach einer politischen Exkommunikation bzw. Strafen von mehr als zehn Jahren wieder in der Öffentlichkeit auf (5). Gegenüber der nationalen Bourgeoisie, deren Privilegien während der Kulturrevolution aufgehoben und deren Vermögen von den Roten Garden geplündert worden waren, entschloß sich die Partei zu einer Wiedergutmachungspolitik (6). Vor allen Dingen wurden den "umerzogenen früheren Gutsbesitzern, Großbauern, Konterrevolutionären und schlechten Elementen", die samt ihren Verwandten dreißig Jahre lang unter politischen und sozialen Diskriminierungen hatten leiden müssen, nun die Bürgerrechte zuerkannt (7). In einer Xinhua-Meldung wurde die Situation im Bezirk Fengqiao des Kreises Zhuji in der Provinz Zhejiang geschildert. In dem Bezirk, der dreizehn Volkskommunen und eine Gesamtbevölkerung von rund 137.000 umfaßt, hat es zwar nur 3.279 registrierte politische Sünder der vier Kategorien - "Gutsbesitzer, Großbauern, Konterrevolutionäre und schlechte Elemente" - gegeben, aber allein ihre direkten Verwandten zählten schon über 23.000, die der Sippenhaftung unterlagen (8). Einschließlich der bereits erwähnten als "Rechte" gebrandmarkten Intellektuellen, Kader sowie der Opfer der Kulturrevolution belief sich die Zahl der Elemente der sogenannten "fünf schwarzen Kategorien" im ganzen Land bestimmt auf mehrere Millionen. Mit deren engen Verwandten zusammen haben vor dem Pekinger Frühling schätzungsweise rund zweihundert Millionen Menschen in China als "Bürger zweiter Klasse" gelebt. Nach der Darstellung des eben erwähnten Artikels dehnte sich die politische Belastung über drei oder gar vier Generationen aus. Wenn alle diese Leute, wie die neue Politik bekräftigt, nun tatsächlich resozialisiert bzw. in vielen Fällen rehabilitiert werden können und ihre Kinder und Kindeskiner in Bildung und Beruf nicht mehr wegen der Herkunft benachteiligt werden, ist der "Pekinger Frühling" für diese sicherlich von besonderer Bedeutung.

Auch das Feld des geistigen Lebens bedachte der Frühling mit einer grünen Decke. Vor allem auf den Bühnen gab es eine Renaissance. Traditionelle Opern, Werke des modernen Sprechtheaters, westliche Musik und Ballett, die während der Kulturrevolution aus ideologischen Gründen praktisch verboten waren, wurden wieder aufgeführt. In den Zeitungen tauchten wieder einige sozialkritische, insbesondere auf die Kulturrevolution gerichtete kurze Romane und Karikaturen auf. In der "Volkszeitung" gab es fast täglich Leserbriefe gegen den Bürokratismus. Auch in den meisten theoretischen Artikeln der Presse wurden

Demokratie und Rechtsstaat diskutiert. Die offiziellen Leitsprüche hießen: "Mehr Gedankenfreiheit", "Die Wahrheit in den Tatsachen suchen", "Praxis ist das einzige Kriterium zur Prüfung der Wahrheit" usw.

Den Höhepunkt des Pekinger Frühlings bildeten Wandzeitungen und Massendemonstrationen. Darüber hinaus wurden in der Hauptstadt wie in den Provinzen zahlreiche politische Organisationen für Freiheit, Demokratie und Menschenrechte gegründet. Etliche ihrer hektographierten Publikationen wurden nicht nur an die "Mauer der Demokratie" geklebt, sondern auch offen auf den Straßen Pekings verkauft. Unter ihnen sind die folgenden bekanntgeworden: "Tansuo" (Sondierung), "Qimengshe Bao" (Gazette der Aufklärungsgesellschaft), "Siwu Luntan" (Forum des 5. April), "Zhongguo Renquan" (Chinesische Menschenrechte), "Beijingzhi Chun" (Pekinger Frühling), "Wotu" (Fruchtbare Erde), "Qiushi Bao" (Zeitung für die Suche nach der Wahrheit), "Qunzhong Cankao Xiaoxi" (Information für die Massen) "Jintian" (Heute) usw. Ende 1978 wurden die im März 1977 verhafteten Dissidenten der Li-Yi-Zhe-Gruppe, deren Name aus der Abkürzung der drei Namen Li Zhengtian, Chen Yiyang und Wang Xizhe entstand und die sich 1973-1974 für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit im Sozialismus eingesetzt hatten, demonstrativ freigelassen. Im Februar d.J. folgte noch ihre offizielle Rehabilitierung (9).

Während sich die Bürgerrechtsbewegungen der letzten Zeit in anderen Ostblockstaaten im wesentlichen auf einen Teil der intellektuellen Prominenz beschränkten, hat bislang in dem gegenwärtigen Kampf um die Freiheit und Demokratie in China die Masse der Jugendlichen eine große Rolle gespielt. Die Teilnehmer an der oben bereits erwähnten Trauerdemonstration für Zhou Enlai am 5. April 1976 anlässlich des chinesischen Totenfestes waren meist jugendliche Arbeiter und Studenten. Auch der Pekinger Frühling wurde, wie gesagt, durch die Neubewertung der Affäre vom 5. April in der Zeitschrift "Chinesische Jugend" eingeleitet. Darüber hinaus hat man zwischen den beiden historischen Daten mit den gleichen Zahlen unterschiedlicher Reihenfolge vom 5.4. (5. April) und 4.5. (4. Mai) eine Parallele gezogen. Am 4. Mai 1919 hatten die Studenten in Peking gegen die damalige korrupte Regierung der Militärclique (Junfa) demonstriert. Wenn diese Aktion auch in China unmittelbar keine große politische Veränderung bewirkte, so führte sie doch zu einer Erneuerung der chinesischen Kultur. Damals brachte man westliches Gedankengut, einschließlich des Marxismus, in die chinesische Kultur ein, und das 2000jährige Monopol der konfuzianischen Staats- und Gesellschaftsraison wurde erschüttert. Diese Bewegung gilt in der modernen Geschichte Chinas als Aufklärung. Der Vergleich des "5.4." mit dem "4.5." zielt auf eine neue Aufklärung nach der langen Monokultur der Kulturrevolution ab. Heute wie damals lauten die Parolen "Gedankenfreiheit", "Demokratie", "Wissenschaft" und "Praxis".

Durch den Pekinger Frühling wurde Chinas Tor zum Westen noch weiter geöffnet. Deng Xiaoping, der den neuen politischen Kurs Chinas leitet, stattete im Oktober 1978 Japan einen Besuch ab, um an dem feierlichen Austausch der Ratifizierungsurkunden für den chinesisch-japanischen Freundschafts- und Friedensvertrag teilzunehmen (10). Ende 1978 / Anfang 1979 reiste er zur Feier der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Peking und

Washington in die USA (11). Die Annäherung Chinas an den Westen wurde überdies durch intensive Wirtschaftsbande mit Japan, Westeuropa und den USA sowie durch die massenhafte Entsendung von Studenten in diese Länder deutlich. Auch in das tägliche Leben der Großstädte wie Peking, Schanghai und Kanton kehrte der westliche Einfluß in Form von Dauerwellen, Schuhen mit hohen Absätzen, bunten Röcken sowie Tanzparties zurück.

II. Der Tiefdruck im Frühling

Der Frühling bringt den Menschen zwar Lebensfreude, doch viele macht er auch - besonders bei einem plötzlichen Witterungsumschwung - anfällig gegen Krankheiten. Auf dem Höhepunkt des Liberalisierungskurses im Frühjahr d.J. tauchten in China zugleich zahlreiche soziale und politische Probleme auf. Vor allen Dingen drängten Millionen von Jugendlichen, die während der Kulturrevolution aufs Land verschickt worden waren, zurück in die Großstädte und verlangten von den Behörden Arbeitsmöglichkeiten. Bauern und Veteranen kamen von weither aus den Provinzen in die Hauptstadt, um ihr Elend oder ihren Unwillen zu bekunden. In den Wand- bzw. Untergrundzeitungen wurde die Kritik gegen das Regime sowie gegen einzelne führende Politiker immer lauter. Die Kriminalität nahm zu. Am 5. Februar kam es in Schanghai zu Ausschreitungen der arbeitssuchenden jugendlichen Demonstranten. Das Arbeitsamt und zahlreiche Läden wurden gestürmt. Der Eisenbahnverkehr zwischen Nanking, Schanghai und Hangzhou wurde über zwölf Stunden lang lahmgelegt.

Als sich das für den Pekinger Frühling symbolische Datum des 5. April in diesem Jahr (1979) näherte, wurde die Führung angesichts der sozialen Spannungen immer nervöser. Am 6. März wurde in Schanghai eine Bekanntmachung zur Erhaltung der sozialen Ordnung erlassen: Bei Kundgebungen und Demonstrationen sind die Weisungen der Polizei zu befolgen; Eisenbahnzüge dürfen nicht angehalten werden; niemand darf in öffentliche Ämter eindringen; es ist verboten, Unruhe zu stiften; es ist verboten, an anderen Stellen als den dafür vorgesehenen Parolen, Bekanntmachungen oder Wandzeitungen anzubringen; Herstellung und Verkauf reaktionärer und pornographischer Schriften und Bilder sind verboten (12). Am 29. März beschloß das Revolutionskomitee von Peking eine ähnliche Verordnung in sechs Punkten. Danach gelten u.a. sämtliche Parolen, Wandzeitungen, Bücher, Zeitschriften und Bilder als unerlaubt, die gegen den Sozialismus, die Diktatur des Proletariats, die Führung der Kommunistischen Partei, den Marxismus-Leninismus und die Mao-Zedong-Ideen gerichtet sind (13).

Nach der Veröffentlichung dieser Verordnungen begann man in den Großstädten, die Wandzeitungen zu beseitigen. In Peking ist nur noch eine Oase der freien Meinungsäußerung an einer Mauer in der Xidan-Straße geblieben. Auch dort waren monatelang mehr persönliche Klagen als große Appelle für Demokratie, Freiheit und Menschenrechte zu lesen. Rund zwanzig führende Bürgerrechtler, darunter Wei Jingsheng (29, Chefredakteur der Untergrundzeitschrift "Tansuo") und Ren Wanting (35, Gründer der "Chinesischen Allianz für Menschenrechte"), wurden kurz vor dem Gedenktag des "5. April" verhaftet (14). Die Kontakte zwischen Ausländern und Chinesen wurden wieder eingeschränkt (15).

Der Umlauf der in Hongkong erscheinenden linksliberalen Zeitschriften wie "Chishi Niandai" (Die siebziger Jahre), "Zhengming" (Wettruf), "Dongxiang" (Tendenz) und "Guangjiao Jing" (Spektroskop), die enge Beziehungen zu Peking haben und infolge des Pekinger Frühlings in begrenztem Umfang auf dem chinesischen Festland kursieren konnten, wurde plötzlich verboten. Zur Begründung hieß es, daß sie der politischen Einheit schaden könnten. Denn sie hatten den Liberalisierungskurs in China leidenschaftlich unterstützt (16).

Der Ruck nach links ließ sich auch in der Presse erkennen. Die Propaganda legte das Schwergewicht schlagartig wieder auf den Sozialismus. "An den vier Grundprinzipien festhalten" war die neue Devise, wobei es sich bei den vier Prinzipien um den "sozialistischen Weg", "die proletarische Diktatur", "die Führung der (Kommunistischen) Partei" sowie "Marxismus-Leninismus und die Mao-Zedong-Ideen" handelt. In einem Leitartikel der RMRB zum 3. Jahrestag der Demonstrationen vom 5. April vor dem Tiananmen-Platz mit dem Titel "Den revolutionären Geist vom Tiananmen weiter pflegen" wurde bekräftigt, daß die Tiananmen-Ereignisse ganz und gar revolutionäre Aktionen gewesen seien und immer Glanz ausstrahlten, eben weil man dabei an den vier Grundprinzipien festgehalten habe. Um den Geist vom Tiananmen fortzuführen, so der Artikel, sei es am wichtigsten, am sozialistischen Weg, an der proletarischen Diktatur, an der Führung der Partei, am Marxismus-Leninismus und den Mao-Zedong-Ideen festzuhalten. Wer davon abweiche, an den vier Prinzipien festzuhalten, entferne sich auch vom Geist des Tiananmen (17).

Anläßlich des 60. Jahrestages der "Bewegung des 4. Mai" hat Zhou Yang, der Vizepräsident der chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften in einer Rede die gegenwärtige "Befreiung des Denkens" in China ebenfalls mit dem Festhalten an den vier Grundprinzipien verknüpft. Wörtlich sagte er: "Eins muß klar sein: Die Bewegung zur Befreiung unseres Denkens bedeutet nicht, den sozialistischen Weg aufzugeben, sondern daran festzuhalten; bedeutet nicht, die Diktatur des Proletariats aufzuheben, sondern darauf zu beharren; bedeutet nicht, die Führung der Kommunistischen Partei abzuschaffen, sondern darauf zu bestehen, auch nicht, vom Marxismus-Leninismus und von den Mao-Zedong-Ideen abzuweichen, sondern sich daran zu halten" (18). Die RMRB unterstrich in ihrem Leitartikel aus dem gleichen Anlaß wieder den "eigenen Weg" und mißbilligte das Kopieren ausländischer Erfahrungen (19). Besonders das theoretische Organ der KPCh "Rote Fahne" (Hongqi) hat in den Monaten März bis Juni zahlreiche Artikel veröffentlicht, in denen die junge Menschenrechtsbewegung scharf angegriffen wurde. Drei Autoren eines Artikels mit dem Titel "Wie sieht der Marxismus die Frage der 'Menschenrechte'?", Xiao Weiyun, Luo Haocai und Wu Xieying, meinen, daß die Forderung nach Verwirklichung der Menschenrechte seit eh und je eine Losung der Bourgeoisie gewesen sei. "Der wahre Charakter der bourgeoisen Menschenrechte besteht in der Anerkennung und dem Schutz des Rechtes der Bourgeoisie auf privates Eigentum und freie Ausbeutung." "In unserem Lande, nachdem der Sieg der sozialistischen Revolution errungen wurde und die Diktatur des Proletariats errichtet worden ist, wieder die Losung vom 'Kampf um die Menschenrechte' auszugeben, ist nicht nur ein Schlag ins Leere, sondern bedeutet auch, daß man

zurück zur kapitalistischen Gesellschaft will" (20). In einem anderen Artikel "Festhalten an der Entwicklung der sozialistischen Demokratie" wurde die demokratische Bewegung in China nach dem Sturz Lin Biaos und der "Viererbande" als Verschwörung gegen das sozialistische System verurteilt. Scharfe Kritik wird besonders an denjenigen Menschenrechtlern geübt, die an den amerikanischen Präsidenten Carter appelliert hatten (21).

Nicht nur wollte man sich ideologisch wieder vom Westen distanzieren, sondern es kühlten auch die erst kürzlich verbesserten Wirtschaftsbeziehungen mit Japan, Westeuropa und den USA über Nacht plötzlich wieder ab. Zahlreiche geplante Mammutindustrienaufträge wurden storniert (22). Für die "Vier Modernisierungen" galt anstelle der neuen Technologie wieder die politische Arbeit als Lokomotive (23). Sowohl in China als auch im Ausland konnte man den kalten Hauch des politischen Tiefs spüren, und man sprach vom Ende eines kurzen Pekinger Frühlings.

III. Aprilwetter

Von Mai bis Oktober 1979 bewegte sich das politische Barometer in Peking wieder nach oben. Anlässlich des ersten Jahrestages der Veröffentlichung des Artikels "Praxis ist das einzige Kriterium zur Prüfung der Wahrheit" veröffentlichte die Pekinger Tageszeitung "Guangming Ribao" am 11. Mai einen Artikel ihres Sonderkommentators mit dem Titel "Die zwei ideologischen Linien unterscheiden und an den vier grundlegenden Prinzipien festhalten", in dem behauptet wurde, daß auch die vier Grundprinzipien unter den Bedingungen der Praxis geprüft werden müßten. Am folgenden Tag stellte die Volkszeitung in einem kurzen Kommentar ebenfalls die Demokratie in den Vordergrund der politischen Praxis. Der Kommentator bekräftigte die Meinungsfreiheit unter Hinweis auf die klassischen Zitate:

(Man) soll alles sagen, was man weiß und sagen will; der Redner hat keine Schuld, der Hörer soll (auf das Gesagte) achtgeben, sich bessern, wenn er tatsächlich den (gerügten) Fehler hat, oder sich ermutigt fühlen, wenn er den Fehler nicht hat) sowie

(Tausend unkritische Echos sind nicht soviel wert wie eine aufrechte Kritik).

Am 1. Juni ermahnte dieselbe Zeitung nochmals die Kader in einem Artikel mit dem Titel "Auf die für die Ohren nicht wohlklingenden Meinungen hören", Kritiken positiv zu bewerten. Das theoretische Parteiorgan "Hongqi" attackierte in der Ausgabe vom Juni die Privilegien der Kader (24). Noch in zahlreichen anderen Artikeln und Leserbriefen, die während dieser Zeit in der Presse erschienen, wurden wieder die ultralinke Ideologie und der Dogmatismus angegriffen und gleichzeitig die Berechtigung der Forderung nach gewissen Freiheiten, Gleichberechtigung sowie einem Rechtsstaat gepredigt.

Vom 15. Juni bis zum 1. Juli fand die 2. Tagung des Fünften Nationalen Volkskongresses statt. Auf dieser Konferenz öffnete sich China nach außen hin mit einem noch breiteren Spektrum. Erstmals nach zwanzig Jahren gab die chinesische Regierung wieder ihren Wirtschaftsplan, die Produktionszahlen sowie den Staatshaushalt einschließlich der Ausgaben für

die Verteidigung bekannt. Auffallend war auch die Verabschiedung von sieben neuen Gesetzen, nämlich des Strafgesetzbuches, der Strafprozeßordnung, des Gesetzes über die Volksgerichtshöfe, des Organisationsgesetzes der Volksanwaltschaften, des Organisationsgesetzes der lokalen Volkskongresse und der lokalen Volksregierungen, des Wahlgesetzes des Nationalen Volkskongresses und der lokalen Volkskongresse aller Ebenen sowie des Gesetzes über chinesisch-ausländische Gemeinschaftsunternehmen (25).

Am 18. Juni ging Ministerpräsident Hua Guofeng im Rahmen seines Berichts über die Regierungsarbeit näher auf die Frage einer Stärkung der sozialistischen Demokratie und des sozialistischen Rechtssystems ein. Er kritisierte, daß es in China infolge der langen feudalen Tradition, infolge der relativen Wirtschafts- und Kulturrückständigkeit, infolge der mangelhaften Propaganda und demokratischen Praxis in der Vergangenheit sowie wegen des noch nicht vollständig durchgeführten Systems noch Autokratie, Bürokratismus, Gedanken an Privilegien, patriarchalischen Arbeitsstil und Anarchismus gebe. Auch nach dem Sturz der "Viererbande", gab er zu, seien in einigen Regionen und Branchen die demokratischen Rechte, persönlichen Freiheiten und die von den Gesetzen erlaubten Wirtschaftsinteressen der Bevölkerung noch immer nicht voll gewährleistet. Unter Hinweis auf die Verbindung von Freiheit und Disziplin bekräftigte der Partei- und Regierungschef, daß die Regierung jeden Bürger, solange er nicht gegen die Verfassung und die Gesetze verstoße, schützen müsse, wenn er sein Recht auf Freiheit der Person, der Rede, der schriftlichen Äußerungen, der Veröffentlichung, der Versammlung, der Vereinigung und der religiösen Überzeugung beanspruche oder ausübe, statt diese Rechte einzuschränken (26).

Nach der 2. Tagung des Fünften Volkskongresses erreichte der politische Frühling in China einen zweiten Höhepunkt. Im Laufe der Monate August und September kam es in der Öffentlichkeit wieder häufig zur Diskussion über "das Kriterium der Wahrheit". In der Ausgabe vom September 1979 unterzog sich das theoretische Organ der KPCh "Hongqi" sogar einer Selbstkritik, weil es infolge der unkorrekten ideologischen Linie seiner Führung, infolge seines dogmatischen Standpunktes sowie der Abweichung von der Praxis seit Beginn der Diskussion über "das Kriterium der Wahrheit" im Jahr 1978 ein halbes Jahr lang keinen Artikel zu diesem Thema veröffentlicht habe. Die Zeitung gab die Berechtigung der Kritiken der Leser zu und appellierte - wie die "Volkszeitung" und die "Jiefangjun Bao" (Zeitung der Volksbefreiungsarmee) - an alle, ernsthaft Nachhilfeunterricht in dieser Diskussion zu nehmen (27). In der politischen Praxis wurden weitere Prominente wie Ma Yinchu, Yang Xianzhen, Zhang Wentian, Wu Han, Deng Tuo u.a. rehabilitiert, die während der Kulturrevolution unter der Beschuldigung entmachtet worden waren, in den fünfziger und sechziger Jahren Kritik am Parteivorsitzenden Mao geübt zu haben.

Die Wiederbelebung des politischen Frühlings war vor allem durch erneute Massendemonstrationen in den Monaten August bis Oktober gekennzeichnet. Wieder strömten mehrere Tausende von Bauern, Jugendlichen und Veteranen aus verschiedenen Provinzen in die Hauptstadt, um sich über die bei ihnen aufgetretenen Mißstände zu beklagen. Vor dem Tor der Mittleren Südsee (Zhongnanhai), wo sich die Gebäude der Staats- und Parteiführung befinden, veranstalteten sie ein "Sit-in" für Brot, Rehabilitie-

rung und Arbeitsplätze. Der Staatsrat und das ZK der KPCh richteten ihrerseits 38 Stationen ein, um die Bittsteller zu empfangen. Außerdem wurden tausend Kader in die Provinzen entsandt, um die dortigen Behörden bei der Beilegung einzelner Ungerechtigkeiten zu unterstützen. Nach Protesten der Studenten wurden die Gebäude zahlreicher Pekinger Hochschulen, die seit der Kulturrevolution vom Militär und von verschiedenen Unternehmen besetzt worden waren, geräumt. Zur gleichen Zeit stellten in einem kleinen Park neben dem Kunstmuseum in Peking Künstler ihre unkonventionellen Bilder mehrere Tage lang aus. Als sich die Polizei einmischte, veranstalteten sie am 1. Oktober einen Protestzug durch die Stadt. An der Mauer der Demokratie in der Pekinger Xidan-Straße tauchten wieder massiert politisch freie und kritische Meinungen auf. Untergrundzeitungen wurden ebenfalls wiederum auf offener Straße angeboten.

Mitte Oktober traf Ministerpräsident Hua Guofeng zum Staatsbesuch in Europa ein. Dies war ohne Zweifel ein neuer Meilenstein auf dem Weg zur Öffnung Chinas. Als jedoch die Welt gerade von der Belebung des politischen Frühlings in China fasziniert war, zogen plötzlich wieder drohende Wolken über den Himmel von Peking. Am 16. Oktober verurteilte das Mittlere Gericht der Stadt Peking den Bürgerrechtler Wei Jingsheng zu 15 Jahre Zuchthaus. In dem Urteil wurde dieser beschuldigt, im Februar 1979 nach Ausbruch des chinesisch-vietnamesischen Krieges Ausländern den Namen des chinesischen Oberbefehlshabers, die Zahl der am Kampf beteiligten chinesischen Streitkräfte, den Ablauf des Kampfes sowie die Zahl der Gefallenen und Verletzten auf chinesischer Seite mitgeteilt zu haben. Nach einer von AP (22.10.79) verbreiteten Wandzeitung an der Mauer der Demokratie in Peking gab Wei vor Gericht zwar zu, daß er mit englischen und französischen Journalisten sowie ausländischen Diplomaten gesprochen habe, doch verteidigte er sich gegen die Anschuldigung, Staatsgeheimnisse verraten zu haben, weil alles, was er weitergegeben habe, bekannt gewesen sei. Tatsächlich wurde auch kein Ausländer in Peking in diesem Zusammenhang mit Wei zusammen festgenommen. Außerdem wurde in dem Prozeß nicht weiter nachgeprüft, woher Wei seine Information bekommen hat. Dieser war zwar vier Jahre lang bei der Armee, doch hat er seit 1973 nur noch als Arbeiter in einem Pekinger Zoo gearbeitet. Es ist kaum zu vermuten, daß er in dieser Funktion Staatsgeheimnisse hat erfahren können.

Ferner wurde Wei in dem Urteil beschuldigt, in mehreren Artikeln seiner Untergrundzeitschrift "Tansuo" sowie an der Xidan-Mauer den Marxismus-Leninismus und die Mao-Zedong-Gedanken beleidigt sowie die Diktatur des Proletariats in China angegriffen zu haben. Offenbar war dies der wirkliche Grund für Weis Festnahme und des Schuldspruches gegen ihn. Am 25. März 1979 erschien an der "Mauer der Demokratie" ein Leitartikel von "Tansuo" mit dem Titel "Demokratie oder neue Diktatur?", in dem der stellvertretende Ministerpräsident Deng Xiaoping beschuldigt wurde, das Vertrauen des Volkes auf ihn durch seine Absicht, die demokratische Bewegung zu unterdrücken, enttäuscht zu haben. Der Autor ist angeblich Wei Jingsheng (28). Vier Tage nach der Veröffentlichung des Artikels, am 29. März, wurde er verhaftet.

Formell hat das Gericht die Verhandlung und das Urteil gegen Wei öffentlich durchgeführt. Mehrere hundert Zuschauer durften dem Prozeß beiwohnen,

wobei es sich jedoch um ausgesuchte Personen handelte. Ausländischen Journalisten und Sympathisanten Weis wurde der Zutritt verwehrt. Die offizielle Presse und das chinesische Fernsehen haben den Ablauf des Prozesses nur auszugsweise und tendenziös wiedergegeben. Vor allen Dingen wurden die Aussagen des Angeklagten nicht mitgeteilt.

Im chinesischen Fernsehen wurden am 17. Oktober 1979, einen Tag nach dem Urteil gegen Wei, noch einige Szenen aus der Verhandlung gegen die Bürgerrechtlerin Fu Yuehua gezeigt. Sie hatte im Frühjahr eine Demonstration angeführt und wurde kurz danach verhaftet. Vor dem Mittleren Gericht von Peking wurde sie von der Staatsanwaltschaft wegen Verleumdung und Störung der Gesellschaftsordnung angeklagt. Nach der Vernehmung hatte das Gericht die Verhandlung überraschend vertagt, weil die Angeklagte neue Fragen gestellt hatte (29).

Nach einem Bericht in der linksliberalen Zeitschrift "Zhengming" (Wettruf) wurde Fu Yuehua bereits am 31. August 1979 von dem Mittleren Gericht wegen Störung der Gesellschaftsordnung zu einem Jahr Freiheitsstrafe verurteilt. In der Berufungsverhandlung hob das Obere Gericht das ursprüngliche Urteil wegen "Unklarheit des Tatbestandes" und "Beweismängeln" auf und verwies die Sache zur erneuten Verhandlung an das Mittlere Gericht zurück. Bei der neuen Verhandlung konnte die Staatsanwaltschaft nur ein Foto von einer Demonstration, an der die Angeklagte teilgenommen hatte, als Beweis vorlegen (30).

Der Artikel berichtete darüber hinaus, daß Fu Yuehua als Arbeiterin in einer Brigade für Grundlagenbau bei einer Dienstleistungsfirma im Pekinger Xuanwu-Bezirk beschäftigt gewesen sei. Sie sei dort von dem Parteisekretär namens Geng Yutian unterdrückt, gequält und mißbraucht worden. Eine Zeitlang sei sie dadurch geisteskrank geworden. Schließlich habe sie die Stelle aufgegeben und seit 1975 mehrmals bei den Behörden versucht, Geng wegen Vergewaltigung anzuklagen und um eine neue Arbeitsstelle zu bitten. Beide Versuche seien vergeblich geblieben. Auffallend sei gewesen, daß Fu bei der erneuten Verhandlung vor dem Mittleren Gericht neben der ursprünglichen Anschuldigung durch die Staatsanwaltschaft auch noch von dem Parteisekretär wegen Verleumdung und falscher Anschuldigungen gerichtlich verfolgt wurde. Als Fu bei ihrer letzten Aussage als Beweis für die Vergewaltigung auf ein Merkmal am Unterleib des Parteisekretärs habe hinweisen wollen und um dessen gerichtliche Prüfung gebeten habe, hätte dies sowohl beim Kläger als auch bei den Richtern Verblüffung hervorgerufen. Nachdem Studenten der Hochschule für Politologie und Rechtswissenschaften auf den Zuschauerbänken mit lauten Zurufen für die Forderung der Angeklagten eingetreten seien, hätten sich die Richter zunächst zurückgezogen und der vorsitzende Richter habe später die Vertagung der Verhandlung erklärt (31). Über zwei Monate danach wurde Fu am 24. Dezember von dem Gericht wegen Störung der Gesellschaftsordnung zu zwei Jahren Freiheitsstrafe verurteilt.

Mit den Prozessen gegen Wei Jingsheng und Fu Yuehua ist Peking u.a. auch bei den eigenen oder ihm nahestehenden Zeitschriften im Ausland auf Unmut und Kritik gestoßen. Man fand vor allem unklug, daß das Urteil gegen Wei Jingsheng gerade in dem Moment gefällt wurde, als Ministerpräsident Hua Guofeng Westeuropa besuchte. Der Schuldspruch wurde für lückenhaft und das Strafmaß für zu hoch

gehalten (32). Offenbar wollte Peking durch die "halböffentlichen" Verhandlungen gegen Wei Jingsheng und Fu Yuehua der Welt die neue Justiz Chinas demonstrieren. Im Vergleich zur Massengerichtsbarkeit und dem Fehlen einer echten Justiz während der Zeit der Kulturrevolution sind zwar von der Form her Fortschritte im chinesischen Rechtswesen zu merken, doch hat sich an der politischen Beeinflussung der Justiz nicht sehr viel geändert. Gegenüber zwei Redakteuren der amerikanischen "Encyclopedia Britannica" hat der stellvertretende Ministerpräsident Deng Xiaoping am 26. November 1979 offen gesagt, daß man Wei Jingsheng eine strenge Strafe gegeben habe, um damit Hunderte von anderen zu warnen (33).

In demselben Gespräch hatte sich Deng für den Fortbestand der "Mauer der Demokratie" in der Stadtmitte von Peking ausgesprochen. Offenbar wegen der massiven Kritiken anderer Bürgerrechtler an dem Gerichtsurteil gegen Wei Jingsheng, die auch an dieser "Klagemauer" erschienen waren, wurde sie zunächst von den Mitgliedern des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses bemängelt. Dann erließ das Revolutionskomitee am 6. Dezember 1979 eine Anordnung, daß ab 8. Dezember 1979 das Anschlagen von Wandzeitungen an der Xidan-Mauer verboten sei. Stattdessen wurde in dem abgelegenen Yuetan (Mondaltar)-Park eine andere Mauer zur Verfügung gestellt. Außerdem muß sich jeder, der eine Wandzeitung an die neue Mauer kleben möchte, zunächst mit Namen, Anschrift und Zugehörigkeit zu einer Einheit bei einer Meldestelle in der Nähe der Mauer eintragen. Er soll politisch und juristisch dafür die Verantwortung übernehmen. Störenfriede und Aufwiegler werden gerichtlich verfolgt (34).

Im Unterschied zu dem politischen Tiefdruck im Frühjahr 1978 hat es bei dem Witterungsumschlag im letzten Herbst nur einzelne Verhaftungen gegeben. In der Propaganda gab es auch keine neuen krassen Stimmenveränderungen. Unberührt sind auch die Beziehungen zum Ausland geblieben. In dem Regierungsbericht vom 18. Juni 1979 auf der Zweiten Tagung des Fünften Nationalen Volkskongresses hat der Partei- und Regierungschef Hua Guofeng erklärt, daß im heutigen China sowohl die Grundherren und Großbauern als auch die Kapitalisten aufgehört hätten, als soziale Klassen zu existieren. "Nach dreißig Jahren Kampf und Erziehung sind die meisten Angehörigen dieser Klassen, soweit sie arbeitsfähig sind, zu Werktätigen umerzogen, die in der sozialistischen Gesellschaft von ihrer Hände Arbeit leben". Dazu bekräftigte er nochmals die bereits im Kommuniqué der Dritten Plenarsitzung des 11. ZK der KPCh bekanntgemachte These, daß es "umfassende und stürmische Klassenkämpfe der Massen" in Zukunft nicht mehr geben werde. Klassenkampf soll fortan nur gegen einzelne Staats- und Volksfeinde gerichtet werden. Der neue Rückschlag des politischen Frühlings im Herbst zeigte sich in der Tat eher als eine Wetteränderung denn als Klimaumschlag.

Der Pekinger Frühling befindet sich immer noch sozusagen in einer Phase des Aprilwetters. Angeblich sind die privaten Zeitschriften in Guangzhou (Kanton) trotz der neuen Einschränkungen der Demokratie in Peking noch verbreitet. Die Dissidentenorganisationen dort wurden ebenfalls nicht aufgelöst (35). Infolge seiner großen Ausdehnung hat China verschiedene Klimazonen. In Nordchina ist es im Frühjahr noch kühl, in Südchina sind auch die Winter relativ warm.

Anmerkungen:

- 1) Siehe dazu Richard von Schirach, "Tien-An-Men-Ein vergebliches Signal zum Aufstand?", C.a.Mai 1976, S.210ff.
- 2) Siehe dazu Yu-Hsi Nieh, "Hintergrund und Auswirkungen der Revision der Tienanmen-Affäre", C.a.Dez.1978, S.823ff.
- 3) RMRB 17.11.1978
- 4) Ebenda 25.12.1978
- 5) Vgl. DGB 29.12.1978 u.31.1.1979
- 6) RMRB 26.1.1979
- 7) Ebenda 29.1.1979
- 8) Ebenda 5.2.1979
- 9) Dazu siehe Peter Schier, "Der Fall 'Li Yi Zhe'. Ein Paradigma für die Möglichkeit und offizielle Behandlung politisch abweichenden Verhaltens in der Volksrepublik China, 1966-1979", C.a. April 79, S.489ff.
- 10) Siehe ausführlich dazu Yu-Hsi Nieh, "Krieg und Frieden in Ostasien. Zum Besuch Teng Hsiaopings in Japan", C.a.Nov 1978, S.758ff.
- 11) Siehe ausführlich dazu Yu-Hsi Nieh, "Wer spielt welche Karte? - Zum Besuch Deng Xiaopings in den USA", C.a.Jan. 1979, S.39ff.
- 12) BRu Nr.14, 1979, S.6; DGB 26.3.1979
- 13) BRu Nr.15, 1979, S.5-6
- 14) AFP- und ddp-Meldung 4.4.1979, nach FAZ 5.6.4.1979
- 15) Dazu siehe u.a. den Artikel von Fox Butterfield, "Experiment in Liberalism Reverses. China Seen Shifting Toward Xenophobia", IHT 14.4.1979; Uli Franz, "Auf dem Friedensplatz blieb alles ruhig. Peking schränkt am Jahrestag seiner größten Demonstration die Liberalisierung ein", FR 5.4.1979
- 16) "Chishi Niandai", Hongkong No.114 (7/1979), S.6ff.
- 17) RMRB 5.4.1979, BRu Nr.15 (17.4.1979), S.9ff.
- 18) Zhou Yang, "Drei große Bewegungen des Denkens Report auf dem Symposium der chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften zum Gedenken des 60. Jahrestages der '4.Mai-Bewegung', RMRB 7.5.1979; BRu Nr.21 (29.5.1979), S.9ff.
- 19) RMRB 5.5.1979
- 20) HQ Nr.5, 1979, S.43ff., deutsche Übersetzung von Frank Münzel in "Recht in China. Aufsätze aus der Volksrepublik China zu Grundsatzfragen des Rechts", Mitteilungen des Instituts für Asienkunde Hamburg, N.104, S.62ff.
- 21) HQ Nr.6, 1979, S.44ff.
- 22) Siehe dazu Eckard Garms, "Weitgehende Neugewichtung des laufenden 10-Jahres-Planes", C.a.April 1979, S.480ff.
- 23) Vgl.dazu die Leitartikel der RMRB vom 4., 11. u.19.4.1979; Wang Furu, "Sige Xiandaihua He Shehuizhuyi Minzhu" (Vier Modernisierungen und die sozialistische Demokratie) HQ, Nr.4, 1979, S.16ff; Kommentator der HQ, "Shixian Sige Xiandaihua Bixu Jianchi Sixianq Yuanze" (Für die Durchführung der Vier Modernisierungen muß man sich fest an die Vier Prinzipien halten) HQ Nr.5, 1979, S.11ff; Ke Weiran, "Lilun Gongzuozhe Yao Wei Sihua Zuocho Xin Gongxian" (Die Theoretiker müssen für die Vier Modernisierungen neue Beiträge ausarbeiten), HQ No.5, 1979, S.25ff.
- 24) Kommentator der HQ, "Fandui Tequan Gaohao Dangfeng" (Den Privilegien entgentreten und